

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 27. Mai 2026 - Nr. 120/22 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Polizei geht gegen Protest der CHP vor

ISTANBUL. In der türkischen Metropole Izmir ist die Polizei am Dienstag mit Wasserwerfern und Tränengas gegen eine Versammlung von Anhängern der Oppositionspartei CHP vorgegangen. Der verfassungswidrig abgesetzte Parteivorsitzende Özgür Özel hatte auf dem Platz vor dem CHP-Parteigebäude eine Kundgebung abhalten wollen. Seine Anhänger riefen: „Präsident Özgür, befreie die Türkei!“ Einsatzkräfte verhinderten die Kundgebung durch Abriegelung des Platzes. Özel marschierte daraufhin zu einem anderen Platz, der vom Gouverneur der Provinz freigegeben worden war. Den per Gerichtsbeschluss an seiner Stelle eingesetzten Parteichef Kemal Kılıçdaroğlu rief Özel auf, alle zwei Millionen Parteimitglieder über den Vorsitz abstimmen zu lassen. Kılıçdaroğlu entließ unterdessen zahlreiche Mitarbeiter der Parteizentrale. Er kündigte an, die Partei von jenen „säubern“ zu wollen, die „Konflikt und Spaltung betreiben“. Das Innenministerium rechtfertigte die Stürmung der Parteizentrale vom Sonntag. Man habe sich um eine einvernehmliche Lösung mit den CHP-Funktionären bemüht, die sich in dem Gebäude verschanzt hatten, nachdem ein Gericht alle Parteitagbeschlüsse seit November 2023 für ungültig erklärt hatte. *boe.*

Von der Arbeit im Alter



Bis zum Umfallen: Von einer Rente wie in Deutschland ist man in China weit entfernt. Das gilt vor allem für die 180 Millionen Bauern. Nur knapp 25 Euro im Monat erhält ein Landwirt. So können zwar in den Städten viele Rentner spazieren gehen und tanzen, auf dem Land aber muss man

arbeiten, bis man umfällt. So ergeht es auch dem alten Kong. Er ist Bauer in der Kornkammer Nordchinas und steht mit Ende sechzig noch jeden Tag zehn Stunden auf dem Acker. Warum es ihm dennoch besser geht als in seiner Jugend, steht auf **Seite 5**. *Foto Wang Binghao*

Familienpolitik aus einem Guss

Von Susanne Kusicke

Hier könnte etwas Sinn und Form annehmen: Während die Bundesfamilienministerin für eine Beibehaltung beziehungsweise Erhöhung durch Umschichtung innerhalb der aktuellen Elterngeldsätze wirbt, werden (vorerst unbestätigte) Pläne der Gesundheitsministerin bekannt, Kinderlose in der Pflegeversicherung etwas stärker zu belasten. Nina Warke geht es einstweilen nur um eine Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose um 0,1 Prozentpunkte, die finanzielle Misere der Pflegeversicherung wird sie allein damit nicht lösen können. Gemeinsam mit Karin Prien, die trotz herber Sparzwänge um das Elterngeld kämpft, ergibt sich dennoch eine Linie der beiden CDU-Politikerinnen, Familien mit (kleinen) Kindern zumindest nicht noch weiter zu belasten.

Schleichend ist dies ohnehin beständig der Fall, denn etwa das Elterngeld wurde seit seiner Einführung nicht erhöht und die Bezugsgrenze für einkommensstarke Paare noch nach oben gedeckelt, während die Kosten für alles, was Kinder brauchen, weiter

steigen. Es ist immerhin eine kleine Anerkennung der Leistungen, die Familien mit Kindern für die Gesellschaft insgesamt erbringen, indem Kinder geboren werden, die später ihre Eltern pflegen und in die Sozialsysteme einzahlen. Klein ist diese Anerkennung zum Beispiel gemessen daran, dass Einsparungen bei der Rente noch hinausgeschoben werden.

Es geht aber nicht nur um Finanzielles. Mit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 begann sich auch das gesellschaftliche Klima rund um Mutterschaft, Vaterschaft und Erwerbstätigkeit zu verändern: Arbeitende Mütter gelten nicht mehr als Rabenmütter, Väter in Elternzeit nicht mehr als Weicheier. Auch wenn die Zahl der Geburten pro Frau nach einem deutlichen Anstieg wieder gesunken ist und wieder ungefähr auf dem Niveau im Jahr der Einführung liegt, hat das Elterngeld zu einer Stabilisierung beigetragen. Sich für ein Kind (oder das zweite oder das dritte Kind) zu entscheiden, ist dadurch leichter geworden. Hier sollte man weiter die richtigen Signale setzen.

Es fehlt nicht Vielfalt, sondern Patriotismus

Von Reinhard Müller

Man muss Bärbel Bas geradezu dankbar sein für ihre Offenheit. Sie hat der scheinbar endlosen Migrationsdebatte, in der schon alles längst gesagt schien, noch einmal neues Leben eingehaucht. Die SPD-Vorsitzende, Bundesarbeitsministerin und ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages hat sicher nicht nur für ein versprengtes Häuflein sozialdemokratischer Funktionäre oder gar Wähler gesprochen, nein, ihre Rede auf dem „Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt“ dürfte vielen in jenem politischen Lager (und seinen staatlich finanzierten Vorfeldorganisationen) aus dem Herzen gesprochen haben, die Buntheit als Staatsziel begreifen.

Bas wehrt sich gegen „dieses sogenannte Einheitsgrau“ – „ich will's so gar braun nennen“ – und plädierte dafür, Migration nicht nur als Fachkräftefrage zu begreifen, was zweifellos richtig ist. Migration sei auch nötig „für die Vielfalt in unserer Gesellschaft“.

Dem liegt zunächst eine bemerkenswerte Vorstellung dieses unseres Landes zugrunde. Denn Deutschland war nie homogen. Als föderales Gebilde mit jahrhundertalten Traditionen verfügte es immer über starke landsmannschaftliche, konfessionelle, ganz generell kulturelle Unterschiede, ja Spannungen. Es gab auch immer schon Austausch und Migration.

Was freilich alle Volksgruppen oder „Stämme“, wie es noch in der Präambel der Weimarer Reichsverfassung hieß („Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen...“), verband, war die Zugehörigkeit zu Deutschland. Und mit dieser Zugehörigkeit ist eben auch klar: Alle teilen dieselben übergreifenden Werte und Grundsätze.

Das ist gerade heute wichtiger denn je. Die Äußerung von Bärbel Bas bezieht sich ja nicht auf eine Art Nordkorea, das abgeschottet im eigenen Saft schmort, sondern auf einen recht beliebten, zentral gelegenen Wohlstandstaat in einem europäischen Rechtsraum mit grundsätzlich offenen Grenzen.

Deutschland ist, vor allem seit 2015, Zufluchtsort für zahlreiche Kriegsgesopfer und Verfolgte wie auch für Migration aus anderen Gründen wie der Suche nach einem besseren Leben gewesen, das man prinzipiell niemandem verwehren will, das aber nicht von jedem in Deutschland gelebt werden kann.

Diese Migranten im weiteren Sinn kamen oft aus völlig anderen Kulturkreisen, auch mit übrigens bisweilen anderen Vorstellungen von Toleranz, Homosexualität und der Rolle der Frau, brachten Traumata von Krieg und Verfolgung sowie weitere Ange-

hörige mit. Fehlende Vielfalt war schon vor 2015 kein Problem in Deutschland, man werfe nur einen Blick in die Städte, beileibe nicht nur in die großen.

Das Problem Deutschlands ist nicht fehlende Vielfalt und Buntheit, sondern fehlende Verfassungstreue, ja mangelnder Patriotismus unter Migranten, die eben nicht – anders als in anderen Ländern – hierzulande besonders ausgewählt werden. Wenn nicht ein Mindestmaß der Menschen, die hier leben, die gemeinsamen Grundsätze teilen und dieses Land als das ihre betrachten, dann ist kein Staat zu machen. Dann ist irgendwann ein Kippunkt erreicht.

Ein Teil dieser Misere ist hausgemacht: Denn wie sollen Einwanderer

Migration darf die Republik nicht bunter machen. Denn deren Farben stehen fest.

Deutschland (jenseits seiner Sozialleistungen) mögen, wenn es selbst die Deutschen nicht tun. Auch die Popularität der AfD ist unter diesem Gesichtspunkt mehr als bemerkenswert. In Programmatik und Personal zeigt sich, dass man zwar „Deutschland“ im Namen tragen, aber zugleich eine ziemlich antideutsche Politik machen kann.

Die Kungelei mit dem Moskauer Regime, das jeden zivilisatorischen Grundsätzen Hohr spricht und auch Deutschland bedroht und auf mehrfache Weise schon hybrid angegriffen hat, ist das genaue Gegenteil von patriotisch. Und wie steht es um die Sorge um die deutsche Kultur, wenn zwar das Lernen deutscher Lyrik gefordert wird, dem Parteivorsitzenden aber keine einzige Zeile einfällt? Nicht nur die außen- und europapolitischen, sondern auch die Rentenpläne der Partei weisen den Weg in Isolation und Verarmung Deutschlands.

Im Grunde ist das alles eine Chance für eine bürgerliche Politik im besten Sinn. In einem demokratischen, rechtsstaatlichen Deutschland kann jeder sein Glück finden und machen. Wer dazugehören will, sollte sich mit seinen Grundsätzen und seinen Farben identifizieren. Es sind die Farben der Freiheit und des Rechts. Das muss auch vorgelebt werden und nicht als „Einheitsbraun“ diffamiert werden.

Es ist außerdem zu befürchten, dass viele Migranten, die von deutschen Politikern vorrangig zum Zweck ins Land geholt werden, Deutschland bunter und vielfältiger zu machen, dieses Land eher belächeln – wenn nicht gar verachten werden.

Ist das Thema KI jetzt Christenpflicht?

Nach der KI-Enzyklika wird das Menschliche des Menschen gefeiert. Technikethikerin Anna Puzio findet das nicht nur gut. *Feuilleton, Seite 9*

Wal auf dem Teller

Deutschland trauert um Timmy. Japan hingegen verarbeitet Wale anders – und bringt sie durchaus auf den Tisch. *Deutschland und die Welt, Seite 6*

Künstlerisch indifferente KI

Parallel zur Venedigbiennale wird nun im Palazzo Diedo der Status quo der KI-Kunst und ihrer Protokolle untersucht. *Feuilleton, Seite 9*

Zentrale in Nazi-Optik

HLA ist einer der größten Modekonzerne Chinas. Für sein Hauptquartier hat er sich von den Nazis inspirieren lassen. *Wirtschaft, Seite 18*

Kunstwerk der Köpfer

Die einhändige Rückhand gilt im Tennis als ikonischer Schlag. Junge Profis nähren die Hoffnung auf ein Comeback. *Sport, Seite 27*

In den Leib geschneidert

Immer mehr Medikamente sind nicht einfach Wirkstoffe, sie leben und werden als lebende Arzneien gezielt präpariert. *Natur und Wissenschaft, Seite N1*

Briefe an die Herausgeber, Seite 7

Vier Tote bei Kollision von Zug und Schulbus

BRÜSSEL. Beim Zusammenstoß zwischen einem Regionalzug und einem Schulbus sind am Dienstag in Belgien zwei Kinder, der Busfahrer und ein Begleiter ums Leben gekommen. Fünf weitere Kinder, die an Bord des Minibusses waren, wurden nach Angaben der Behörden schwer verletzt. Nach ersten Erkenntnissen war der Fahrer am Morgen im ostflämischen Buggenhout mit seinem Minibus trotz eines Warnsignals auf die Gleise gefahren. Die Ursache stand am Dienstag noch nicht fest, die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen dazu auf. *(Siehe Deutschland und die Welt.) T.G.*

Prien will nicht an Elterngeld sparen

Minderausgaben, da „schlicht weniger Kinder“ / Höherer Pflegebeitrag für Kinderlose

BERLIN. Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) unterstützt die Forderungen nach Einsparungen in allen Bundesetats. Wenn für den Bundeshaushalt 2027 insgesamt 30 und danach 60 Milliarden Euro eingespart werden müssten, „kann man nicht sagen, es ist überall richtig zu sparen, nur bei mir nicht“, sagte sie vor der Bundespressekonferenz am Dienstag. Bei der Höhe des Elterngelds will Prien jedoch nicht sparen. 350 Millionen Euro Minderausgaben ergäben sich schon daraus, „dass wir schlicht weniger Kinder haben“, sagte Prien. Man könne über höhere Mindest- und Höchstbeträge beim Elterngeld reden, wenn man dann über Einsparungen an anderen Stellschrauben nachdenke, etwa bei der Bezugsdauer, meinte Prien. Zugleich lehnte sie eine Bafög-Erhöhung ab. Es wäre

„merkwürdig“, wenn man beim Elterngeld spare, während man das Bafög für Studenten und Auszubildende erhöhe. Auch in der SPD-Fraktion hatte es scharfe Kritik an möglichen Kürzungen des Elterngelds gegeben.

Wie zuvor der Vorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, und mehrere SPD-Politiker bestätigte Prien den Zusammenhang mit anderen Reformen. Man brauche „eine neue Definition von Generationengerechtigkeit“ für eine Gesellschaft, in der immer weniger Junge mehr schultern müssten für immer mehr Ältere, die länger leben, sagte sie. Winkel hatte Kürzungen beim Elterngeld mit dem Hinweis auf die anstehende Rentenreform abgelehnt und etwa eine Begrenzung des Anstiegs von Beamtenpensionen gefordert.

Unterdessen zeichnet sich ab, dass es mit dem Entwurf von Gesundheitsministerin Nina Warke (CDU) zu einem Pflegeversicherungsgesetz vorgeht. Am Dienstag war aus Regierungskreisen zu hören, dass es in den kommenden Tagen eine Einigung zwischen Union und SPD zu noch strittigen Finanzierungsthemen geben könnte und dann die Ressortabstimmung eingeleitet werde. Somit könnte der Entwurf im Juni nach zweimaliger Verzögerung ins Kabinett gehen. Die Behandlung im Bundestag vor der Sommerpause sei jedoch illusorisch, hieß es. Angeblich plant Warke, den Pflegebeitragssatz für Kinderlose von 4,2 auf 4,3 Prozent anzuheben. Der reguläre Satz für Elternteile mit einem Kind beträgt 3,6 Prozent. *(Siehe Seite 2 sowie Wirtschaft, Seite 15.) oll./itz.*

USA greifen Ziele in Südiran an

Revolutionsgarde warnt vor jeglicher Verletzung der Waffenruhe

WASHINGTON. Trotz der Bemühungen um eine dauerhafte Beendigung des Irankrieges ist es zu neuen Kampfhandlungen im Süden des Landes gekommen. Die Revolutionsgarde schoss dabei nach eigenen Angaben eine amerikanische Drohne ab, die in den iranischen Luftraum eingedrungen sei. Die Flugabwehreinheiten hätten eine „MQ-9-Drohne identifiziert und abgeschossen“, hieß es am Dienstag in einer Erklärung der Revolutionsgarde. Zudem habe man „auf eine RQ-4-Drohne und einen eindringenden F-35-Kampffjet gefeuert“. Die Revolutionsgarde warnte „vor jeglicher Verletzung“ der seit April geltenden fragilen Waffenruhe.

Das für die Region zuständige amerikanische Zentralkommando hatte am Montagabend mitgeteilt, Ziele im Süden Irans angegriffen zu haben. Es seien Raketenstellungen sowie Schiffe attackiert worden, die Minen legen wollten. Die Schläge seien aus Selbstverteidigung erfolgt. Teheran bestätigte diese Angaben nicht offiziell; Staatsmedien berichteten jedoch von Explosionen in der südlichen Hafenstadt Bandar Abbas, ohne deren Ursache zu nennen.

Vor der Küste Omans ereignete sich an einem Tanker nach einem mutmaßlich iranischen Angriff eine Explosion. Der Kapitän habe eine Explosion am Schiffsrumpf gemeldet, teilte die britische Behörde für die Sicherheit der Handelsschiffahrt am Dienstag mit. Die Besatzung sei in Sicherheit, es sei aber Treibstoff ausgetreten und ins Meer geströmt.

Ungeachtet der Annäherungen in den von Pakistan vermittelten Verhandlungen über ein „Memorandum of Understanding“, das den Weg zu einem dauerhaften Abkommen zwischen Washington und Teheran ebnet soll, erklärte Irans oberster Führer Modschtaba Khamenei: Die Länder in der Region würden in Zukunft „nicht mehr als Schilde für amerikanische Stützpunkte“ dienen. Die Zeit lasse sich nicht zurückdrehen, sagte er in einer im Staatsfernsehen verbreiteten Botschaft. Die USA verlor ihren Einfluss in der Region. Unterdessen wurde in Iran abermals eine Person wegen Spionagevorwürfen hingerichtet. Wie das Justizportal Misan berichtete, sei dem Mann vorgeworfen worden, Personen für den israelischen Geheimdienst angeworben zu haben. *sat.*

Berlin bestellt russischen Botschafter ein

BRÜSSEL. Nach der Aufforderung Russlands, dass ausländische Bürger Kiw verlassen sollen, hat das Auswärtige Amt den russischen Botschafter in Berlin einbestellt. Russland setze auf Drohen, Terror und Eskalation, schrieb das Außenministerium auf der Plattform X. „Wir haben Russland heute deutlich gemacht: Wir lassen uns durch Drohungen nicht einschüchtern und werden die Ukraine weiter kraftvoll unterstützen.“ Auch der Auswärtige Dienst der EU hat am Dienstag den russischen Geschäftsträger in Brüssel einbestellt. *(Siehe Seite 2; Kommentar Seite 8.) T.G.*

Frühes WM-Aus für deutsches Eishockeyteam

Die deutsche Eishockeynationalmannschaft ist bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz bereits in der Vorrunde ausgeschieden. Der Sieg Lettlands über Ungarn am Dienstagmittag zerschlug auch die letzte Minimalchance auf ein Weiterkommen des Teams von Bundestrainer Harold Kreis. Die Männermannschaft des VfL Wolfsburg ist 29 Jahre nach ihrem Aufstieg in die erste Fußball-Bundesliga in die zweite Liga abgestiegen. Der VW-Klub verlor am Montagabend das Rückspiel der Relegation beim SC Paderborn 1:2 nach Verlängerung. *(Siehe Sport.) F.A.Z.*

Jazz-Saxophonist Sonny Rollins gestorben

Der amerikanische Jazzmusiker und Komponist Sonny Rollins ist im Alter von 95 Jahren in Woodstock im US-Bundesstaat New York gestorben. Rollins wurde 1930 im New Yorker Stadtteil Harlem geboren. Mit seinem unverwechselbaren Ton, der voll und robust war, aber auch subtil, dabei tänzerisch und voller karibischer Einflüsse, galt der vielfach ausgezeichnete als „Saxophon-Koloss“. Aufnahmen wie „Oleo“ oder „Doxy“ wurden zu Jazzstandards. Der Trompeter Miles Davis bezeichnete Rollins einst als den „größten Tenorsaxophonisten aller Zeiten“. *(Siehe Feuilleton, Seite 11.) ziel*



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, E-Mail: kundenservice@faz.de oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs